



Verhandlungsschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung

Sitzungsdatum: Dienstag, 19.03.2019
Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 21:00 Uhr
Ort, Raum: Höchst, Saal im Feuerwehrhaus

Anwesend:

Vorsitzende/r

Bgm. Herbert Sparr

Schriftführer/in

Mag. Alexander Thaler

HVP

Markus Bacher

Dietmar Brunner

Reinhard Brunner

ab 19.45 Uhr anwesend

Günther Gassner

Helgar Gerer

Vertretung für Herrn Helgar Gasser

Christoph Grabher-Meyer

Mag. Bernhard Hirt

Manfred Leipold

Wilfried Meier

Kaspar Oberhauser

Vertretung für Frau Christine Meckler

Engin Sahin

Heidi Schuster-Burda

Martin Übelhör

Stephan Urabl

Vertretung für Herrn Sieghard Nagel

Manfred Vetter

FPÖ

Lothar Blum

Werner Blum

Herbert Feistenauer

Vertretung für Herrn Heinrich Blum

Andrea Grasser

Miriam Mayer

Cornelia Michalke

HÖZ

Angelika Diem-Türtscher

Vertretung für Herrn Peter Brunner

Brigitte Hollenstein

Vertretung für Herrn Norbert Rickmann

Sabine Maier

Harald Schertler

Abwesend:

HVP

Helgar Gasser
Christine Meckler
Siegward Nagel

FPÖ

Heinrich Blum

HÖZ

Mag. Norma Alge
Peter Brunner
Norbert Rickmann

Einleitung:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig ergangen und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Auf Antrag des Vorsitzenden wird die Tagesordnung einstimmig mit den Punkten 4.5, Beratung und Beschlussfassung über einen Raumordnungsvertrag für Teilfläche des Grundstückes Nr. 5087 (Antrag des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr vom 20.2.2019) und 10., Beratung und Beschlussfassung über die Begegnungszone – Delegation der Vergaben an den Gemeindevorstand, erweitert.

Tagesordnung:

1. Erledigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung dieses Gremiums
2. Mitteilungen
3. Stellungnahme zu Gesetzesbeschlüssen des Landtages
 - 3.1. Gesetz über eine Änderung des Wahlrechts - Sammelnovelle
 - 3.2. Gesetz über eine Änderung des Kulturförderungsgesetzes
 - 3.3. Gesetz über eine Änderung des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes
 - 3.4. Gesetz über eine Änderung des Vergabenachprüfungsgesetzes
4. Beratung und Beschlussfassung über Raumplanungsangelegenheiten
 - 4.1. Beratung und Beschlussfassung über einen Raumordnungsvertrag für Teilflächen der Grundstücke Nr. 822/1 und 822/3, Bündtenstraße (Antrag des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr vom 24.10.2018)
 - 4.2. Beratung und Beschlussfassung über eine Änderung des Flächenwidmungsplanes -
Umwidmung von Teilflächen der Grundstücke Nr. 822/1 und 822/3, Bündtenstraße, von derzeit Bauerwartungsfläche Wohngebiet - (BW) und Freifläche Freihaltegebiet - FF in Baufläche Wohngebiet - BW und Verkehrsfläche-S (Antrag des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr vom 24.10.2018)
 - 4.3. Beratung und Beschlussfassung über eine Änderung des Flächenwidmungsplanes: Errichtungsverbot für Wohnungen BB-I-Pa,b,c (Antrag des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr vom 24.10.2018)

- 4.4. Beratung und Beschlussfassung über eine Änderung des Flächenwidmungsplanes - Umwidmung des Grundstückes Nr. 47/6, Gartenstraße, von derzeit Baufläche Mischgebiet - Besondere Fläche für sonstige Handelsbetriebe (If.Nr.2) - BM-H2 in Baufläche Mischgebiet - Besondere Fläche für Einkaufszentren (If.Nr.1) - BM-E1
(Antrag des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr vom 9.1.2019)
- 4.5. Beratung und Beschlussfassung über einen Raumordnungsvertrag für Teilfläche des Grundstückes Nr. 5087
(Antrag des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr vom 20.02.2019)
- 4.6. Beratung und Beschlussfassung über eine Änderung des Flächenwidmungsplanes: Umwidmung einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 5087, Eschenweg, von Bauerwartungsfläche Wohngebiet - (BW) in Baufläche Wohngebiet - BW (Ruepp) und Teilflächen der Grundstücke Nr. 5087, 5088, 5089 und 5091 von Amts wegen
(Antrag des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr vom 20.2.2019)
5. Beratung und Beschlussfassung über vorbereitende Beschlüsse zum Rechnungsabschluss 2018
 - a) Außerplanmäßige Ausgaben
 - b) Zuführung oder Entnahme von Rücklagen bei den marktbestimmten Betrieben
 - c) Investitions- und Tilgungszuschüsse bzw. Gewinnentnahmen bei den marktbestimmten Betrieben
 - d) Zuführung und Entnahme von Rücklagen
 - e) Schaffung des Haushaltsausgleiches durch Zuführung zur bzw. Entnahme aus der Haushaltsausgleichsrücklage
(Anträge des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 7.3.2019)
6. Information und Beratung über die Prüfgegenstände des Prüfungsausschusses
7. Beratung und Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss 2018 der Gemeinde Höchst
(Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 7.3.2019)
8. Beratung und Beschlussfassung über eine Darlehensaufnahme für das Projekt "Neugestaltung VS Kirchdorf"
(Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 7.3.2019)
9. Beratung und Beschlussfassung über eine Neufassung der Hafenumordnung
(Antrag des Gemeindevorstandes vom 5.2.2019)
10. Beratung und Beschlussfassung über die Begegnungszone - Delegation der Vergaben an den Gemeindevorstand
11. Allfälliges

Punkt 1: Erledigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung dieses Gremiums

Die Verhandlungsschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung am 29.01.2019 wird mit der Änderung, dass Seite 11 der erste Satz zu lauten habe, „Lothar Blum meint, dass der Standort „Nollabündt“ für den landwirtschaftlichen Betrieb von Wolfgang Fink verkehrstechnisch die beste Lösung darstelle.“, zur Kenntnis genommen.

Punkt 2: Mitteilungen

- Bericht über den 22. Seniorenball der Gemeinde Höchst mit 330 Besuchern. Dank an alle freiwilligen Helfer und die Fasnatzunft Höchst.
- Für den Zollamtsplatz wurde von der Bezirkshauptmannschaft Bregenz eine Verordnung „Halten und Parken verboten“ erlassen. Ausgenommen davon ist die Dauer der Zollabfertigung.
- Zur geplanten neuen Sportanlage Gaißau fand eine gemeinsame Vorbesprechung mit der Bezirkshauptmannschaft Bregenz statt.
- Von der Bezirkshauptmannschaft Bregenz wurde eine Verordnung über eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 20 km/h im Bereich des Zollamts bis zum Cafe Schallert erlassen. Es wird auch eine Geschwindigkeitsmessung mit „Smiley“ installiert.
- Das ASZ Königswiesen wurde am 04.03.2019 eröffnet. Es fand eine Pressekonferenz statt.
- Der Umbau des Bruggerhorn ist fertiggestellt und die Eröffnung fand bereits am 15.03.2019 statt.
- Mit dem Projekt Zusammenleben soll eine Belebung des Zentrums und auch des alten Pfarrheimes erfolgen.
- Zum Thema Aussiedlerhof Fink fand zwischenzeitlich ein 2. Gespräch mit LStH. Rüdisser und Vertretern der Abteilung Raumplanung und Baurecht statt. Es sind noch Abklärungen mit der Abteilung Wasserwirtschaft im Gange. Es ist eine Sonderwidmung FS Landesproduktehandel von rund 7.000 m² erforderlich. Falls die Zustimmung des Landes erfolgt ist ein wertgleicher Abtausch der Flächen von rund 6 ha mit dem Gemeindeverband Konkurrenzverwaltung geplant.
- Heute fand um 18.00 Uhr die Einweihung der Josefskapelle im Sozialzentrum durch Generalvikar Dompfarrer Msgr Rudolf Bischof statt.
- Am 26. Mai findet die EU-Wahl statt. Die Wahllokale werden neu in der Mittelschule eingerichtet. Die Vorbereitungen im Amt sind bereits im Gange.
- Mobil im Rheintal – Die Trassenentscheidung zur S18 erfolgt im Jahr 2020. Ein Untertunnelung des Rheins wird gefordert.

Punkt 3: Stellungnahme zu Gesetzesbeschlüssen des Landtages

Punkt 3.1: Gesetz über eine Änderung des Wahlrechts - Sammelnovelle

Zu diesem Gesetzesbeschluss des Landtages wird einstimmig keine Volksabstimmung verlangt.

Punkt 3.2: Gesetz über eine Änderung des Kulturförderungsgesetzes

Zu diesem Gesetzesbeschluss des Landtages wird einstimmig keine Volksabstimmung verlangt.

Punkt 3.3: Gesetz über eine Änderung des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes

Zu diesem Gesetzesbeschluss des Landtages wird einstimmig keine Volksabstimmung verlangt.

Punkt 3.4: Gesetz über eine Änderung des Vergabenachprüfungsgesetzes

Zu diesem Gesetzesbeschluss des Landtages wird einstimmig keine Volksabstimmung verlangt.

Punkt 4: Beratung und Beschlussfassung über Raumplanungsangelegenheiten

Punkt 4.1: Beratung und Beschlussfassung über einen Raumordnungsvertrag für Teilflächen der Grundstücke Nr. 822/1 und 822/3, Bündtenstraße (Antrag des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr vom 24.10.2018)

Raumplanungsreferent Markus Bacher erläutert den vorliegenden, im Fachausschuss behandelten Antrag von Harald König um Umwidmung einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 822 von Bauerwartungsfläche Wohngebiet (BW) und Freifläche-Freihaltegebiet FF in Baufläche Wohngebiet BW und Verkehrsfläche-Straße VS. Geplant ist die Errichtung eines Einfamilienhauses. Der Raumordnungsvertrag für die umzuwidmende Liegenschaft wurde vom Antragsteller bereits unterfertigt und liegt vor.

Nach kurzer, sachlicher Beratung beschließt die Gemeindevertretung einstimmig, dem der Verhandlungsschrift beiliegenden Raumordnungsvertrag gemäß § 38a RPG (Verwendungsvereinbarung) mit Harald König der Umwidmung einer Teilfläche von 1291 m² des Grundstückes Nr. 822 zum Zweck der Errichtung eines Einfamilienhauses zuzustimmen.

(Beilage Top 4-1)

Punkt 4.2: Beratung und Beschlussfassung über eine Änderung des Flächenwidmungsplanes - Umwidmung von Teilflächen der Grundstücke Nr. 822/1 und 822/3, Bündtenstraße, von derzeit Bauerwartungsfläche Wohngebiet - (BW) und Freifläche Freihaltegebiet - FF in Baufläche Wohngebiet - BW und Verkehrsfläche-S (Antrag des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr vom 24.10.2018)

Raumplanungsreferent Markus Bacher verweist ergänzend zur Beratung und Beschlussfassung im vorherigen Tagesordnungspunkt auf den im Fachausschuss behandelten Antrag von Harald König um Umwidmung einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 822 von Bauerwartungsfläche Wohngebiet BW und Freifläche-Freihaltegebiet FF in Baufläche Wohngebiet BW und Verkehrsfläche-Straße VS zur Errichtung eines Einfamilienhauses.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, die auf dem beiliegenden Lageplan kenntlich gemachten Teilflächen (1291 m²) des Grundstückes Nr. 822 von derzeit Bauerwartungsflä-

che Wohngebiet (BW) und Freifläche-Freihaltegebiet FF in Baufläche Wohngebiet BW und Verkehrsfläche-Straße VS umzuwidmen.

(Beilage Top 4-2)

Punkt 4.3: Beratung und Beschlussfassung über eine Änderung des Flächenwidmungsplanes: Errichtungsverbot für Wohnungen BB-I-Pa,b,c (Antrag des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr vom 24.10.2018)

Raumplanungsreferent Markus Bacher informiert, dass bis zum Ende der Auflagefrist keine weiteren Stellungnahmen im Gemeindeamt eingegangen sind.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig den aufgelegten Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplanes für die Betriebsgebiete der Kategorie I von Bauerwartungsfläche Betriebsgebiet Kategorie I - (BB)-I und Baufläche Betriebsgebiet Kategorie I - BB-I in Bauerwartungsfläche Betriebsgebiet Kategorie I - Besondere Fläche für Produktionsbetriebe a),b),c) - (BB)-I-Pa,b,c sowie Baufläche Betriebsgebiet Kategorie I - Besondere Fläche für Produktionsbetriebe a),b),c) - BB-I-Pa,b,c und Baufläche Betriebsgebiet Kategorie I - Besondere Fläche für Produktionsbetriebe a),b) - BB-I-Pa,b zu genehmigen.

(Beilage Top 4-3)

Punkt 4.4: Beratung und Beschlussfassung über eine Änderung des Flächenwidmungsplanes - Umwidmung des Grundstückes Nr. 47/6, Gartenstraße, von derzeit Baufläche Mischgebiet - Besondere Fläche für sonstige Handelsbetriebe (lf.Nr.2) - BM-H2 in Baufläche Mischgebiet - Besondere Fläche für Einkaufszentren (lf.Nr.1) - BM-E1 (Antrag des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr vom 9.1.2019)

Raumplanungsreferent Markus Bacher informiert, dass bis zum Ende der Auflagefrist keinerlei Einwände gegen die Umwidmung im Gemeindeamt eingegangen sind.

Die Gemeindevertretung beschließt daraufhin einstimmig die Umwidmung des Grundstückes Nr. 47/6, Gartenstraße, von derzeit Baufläche Mischgebiet - Besondere Fläche für sonstige Handelsbetriebe (lf.Nr.2) - BM-H2 in Baufläche Mischgebiet - Besondere Fläche für Einkaufszentren (lf.Nr.1) - BM-E1 gemäß dem aufgelegten, der Verhandlungsschrift beiliegendem Entwurf.

(Beilage Top 4-4)

Punkt 4.5: Beratung und Beschlussfassung über einen Raumordnungsvertrag für Teilfläche des Grundstückes Nr. 5087 (Antrag des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr vom 20.02.2019)

Raumplanungsreferent Markus Bacher erläutert den vorliegenden, im Fachausschuss behandelten Antrag von Katharina Ruepp um Umwidmung einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 5087 von Bauerwartungsfläche Wohngebiet (BW) in Baufläche Wohngebiet BW. Geplant ist die Errichtung eines Einfamilienhauses. Der Raumordnungsvertrag für die umzuwidmende Liegenschaft wurde vom Antragsteller bereits unterfertigt und liegt vor.

Nach kurzer, sachlicher Beratung beschließt die Gemeindevertretung einstimmig, dem der Verhandlungsschrift beiliegenden Raumordnungsvertrag gemäß § 38a RPG (Verwendungsvereinbarung) mit Katharina Ruepp der Umwidmung einer Teilfläche von 526 m² des Grundstückes Nr. 5087 zum Zweck der Errichtung eines Einfamilienhauses zuzustimmen.

(Beilage Top 4-5)

Punkt 4.6: Beratung und Beschlussfassung über eine Änderung des Flächenwidmungsplanes: Umwidmung einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 5087, Eschenweg, von Bauerwartungsfläche Wohngebiet - (BW) in Baufläche Wohngebiet - BW (Ruepp) und Teilflächen der Grundstücke Nr. 5087, 5088, 5089 und 5091 von Amts wegen (Antrag des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr vom 20.2.2019)

Raumplanungsreferent Markus Bacher verweist ergänzend zur Beratung und Beschlussfassung im vorherigen Tagesordnungspunkt auf den im Fachausschuss behandelten Antrag von Katharina Ruepp um Umwidmung einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 5087 von Bauerwartungsfläche Wohngebiet (BW) in Baufläche Wohngebiet BW zur Errichtung eines Einfamilienhauses.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, die auf dem beiliegenden Lageplan kenntlich gemachten Teilflächen (526 m²) des Grundstückes Nr. 5087 von derzeit Bauerwartungsfläche Wohngebiet (BW) in Baufläche Wohngebiet BW umzuwidmen.

(Beilage Top 4-6)

Punkt 5: Beratung und Beschlussfassung über vorbereitende Beschlüsse zum Rechnungsabschluss 2018

- a) Außerplanmäßige Ausgaben**
- b) Zuführung oder Entnahme von Rücklagen bei den marktbestimmten Betrieben**
- c) Investitions- und Tilgungszuschüsse bzw. Gewinnentnahmen bei den marktbestimmten Betrieben**
- d) Zuführung und Entnahme von Rücklagen**
- e) Schaffung des Haushaltsausgleiches durch Zuführung zur bzw. Entnahme aus der Haushaltsausgleichsrücklage**

(Anträge des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 7.3.2019)

Einleitend präsentiert Finanzreferent Mag. Bernhard Hirt den Rechnungsabschluss zum Rechnungsjahr 2018 mit einer ausführlichen Darstellung und Begründung der Abweichungen des Rechnungsergebnisses gegenüber dem Voranschlag, den zur Vorbereitung des Rechnungsabschlusses notwendigen Maßnahmen (Rücklagenbewegungen, Voranschlagsüberschreitungen, Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmen und marktbestimmten Betrieben, den Ausgleich der marktbestimmten Betriebe Wasserversorgung, Ortskanalisation und Bootshafen, und den Ausgleich des Gesamthaushalts). Er informiert über das Investitionsvolumen (Neugestaltung VS Kirchdorf, Straßenbau, Neugestaltung VS Unterdorf) und die Instandhaltungsarbeiten der Gemeinde im Rechnungsjahr 2018, sowie über die laufende Entwicklung der Steuereinnahmen und Ertragsanteile mit den damit direkt zusammenhängenden Umlagen. Er informiert weiters über den aktuellen Stand der Darlehen und der Rücklagen der Gemeinde, über die aktuelle Situation der Fremdwährungsdarlehen, sowie über die anhand des Entwurfes des Rechnungsabschlusses 2018 errechnete Finanzspitze.

Die Gemeindevertretung fasst darauf hin jeweils die nachfolgend angeführten Beschlüsse:

a) Überplanmäßige Ausgaben 2018

Die überplanmäßigen Ausgaben 2018 werden gemäß der beiliegenden Auflistung einstimmig genehmigt. Die Bedeckung für diese überplanmäßigen Ausgaben 2018 erfolgen durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben bei anderen Haushaltsstellen.

b) Zuführung und Entnahme von Rücklagen bei den marktbestimmten Betrieben

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig die Schaffung des Ausgleiches bei den marktbestimmten Betrieben durch Zuführung bzw. Entnahmen von Rücklagen:

Wasserversorgung	Zuführung zur Rücklage	143.223,41
Kanalisation	Zuführung zur Rücklage	199.170,53
Bootshafen	Entnahme aus Rücklage	- 2.457,33

c) Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig die nachfolgend angeführten Investitions- und Tilgungszuschüsse bzw. Gewinnentnahmen der Gemeinde zu den marktbestimmten Betrieben:

	Haben	Soll
Gewinnentnahme 852000 Abfallentsorgung		32.994,91
Gewinnentnahme 853010 Zollhaus		15.632,71
Gewinnentnahme 853030 Polizeigebäude		416,09
Gewinnentnahme 853050 Wohnung Dr. Schneider Str. kl.		2.499,85
Gewinnentnahme 853060 Wohnung Dr. Schneider Str. gr.		2.117,16
Gewinnentnahme 853080 Keiler Haus		7,40
Gewinnentnahme 853090 Humpeler Haus		15.987,10
Gewinnentnahme 853300 Pfarrheim		2.253,30
Gewinnentnahme 853400 Kirchplatz 12		29.170,44
Summe Gewinnentnahmen markt. Betriebe	101.078,96	
Tilgungszuschuss 853100 Alte Schule	3.507,29	
Tilgungszuschuss 853200 Pfarrzentrum	662,32	
Tilgungszuschuss 853500 Rheinauhalle	85.876,14	
Summe Inv. und Tilgungszuschüsse markt. Betriebe		90.045,75

d) Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig die Rücklagenzuführungen und Rücklagenentnahmen gemäß Aufstellung im Rechnungsabschluss 2018 Seite 122.

Rücklagenbewegungen laut RA

Wasserversorgung	Zuführung zur Rücklage		143.223,41
Kanalisation	Zuführung zur Rücklage		199.170,53
Bootshafen	Entnahme aus der Rücklage		- 2.457,33
Kindergarten	Entnahme aus der Rücklage		- 500.000,00
VS Kirchdorf	Zuführung zur Rücklage		500.000,00
Klimacent	Zuführung zur Rücklage		38.000,00
Haushaltsrücklage	Zuführung zur Rücklage		288.559,00

- e) Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig die Schaffung des Haushaltsausgleiches durch eine Zuführung in die Haushaltsrücklage in Höhe von € 288.559,00.

Punkt 6: Information und Beratung über die Prüfgegenstände des Prüfungsausschusses

Der Obmann des Prüfungsausschusses Harald Schertler informiert anhand des der Verhandlungsschrift beiliegenden Prüfberichtes, der gesetzeskonform allen Sitzungsteilnehmern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt worden ist, über das Ergebnis der Prüfungen zum Rechnungsjahr 2018:

- stichprobenartige Prüfung der Belege (Angefragte Geschäftsfälle wurden durch Bürgermeister schriftlich geklärt)
- Kassaprüfung (keine Unstimmigkeiten, saubere Ablage und Archivierung der Belege, alles vorbildlich und in bester Ordnung)
- Detaillierte Prüfung des marktbestimmten Betriebes „Bootshafen Fischerinsel“ mit Empfehlungen zur Handhabung der Fahrberechtigungen (in Abstimmung mit dem Fischerverein und dem Verein Wassersportfreunde Fischerinsel bereits umgesetzt), zu den Kautionen und zur Rücklagenbildung;

Der Obmann des Prüfungsausschusses teilt weiters mit, dass bei der Prüfung des Rechnungsabschlusses 2018 vom Prüfungsausschuss kein Einwand gegen den vorliegenden Entwurf des Rechnungsabschlusses 2018 erhoben worden ist, beantragt die Entlastung der Kassa und der Buchhaltung, und die Zustimmung der Gemeindevertretung zum Rechnungsabschluss 2018.

Die Gemeindevertretung nimmt diesen Bericht ohne Einwand zustimmend zur Kenntnis.

(Beilage Top 6)

Punkt 7: Beratung und Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss 2018 der Gemeinde Höchst (Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 7.3.2019)

Die Klubobleute Cornelia Michalke, Norbert Rickmann und Dietmar Brunner bringen die Zustimmung ihrer Fraktionen zum Rechnungsabschluss 2018 zum Ausdruck und danken dem Finanzreferat für den besonderen Einsatz zur Erarbeitung des Rechnungsabschlusses 2018 und die heutige umfassende Information zur finanziellen Entwicklung.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig den der Originalverhandlungsschrift als wesentlicher Bestandteil beiliegenden Rechnungsabschluss 2018 der Gemeinde Höchst mit dem vorliegenden Ergebnis von

Einnahmen € 25.336.009,61
Ausgaben € 25.336.009,61

(eingerechnet ist ein Überschuss in Höhe von € 288.559,29 als Zuführung zur Haushaltsrücklage)

Abschließend bedanken sich Finanzreferent Mag. Bernhard Hirt und Bürgermeister Herbert Sparr beim Leiter der Finanzverwaltung im Gemeindeamt für seinen tatkräftigen Einsatz, der zur Erfassung, zur schlüssigen Abhandlung und zur einstimmigen Beschlussfassung des Rechnungsabschlusses 2018 in der heutigen Sitzung der Gemeindevertretung notwendig war.

Punkt 8: Beratung und Beschlussfassung über eine Darlehensaufnahme für das Projekt "Neugestaltung VS Kirchdorf" (Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 7.3.2019)

Finanzreferent Mag. Bernhard Hirt berichtet über die Ausschreibung eines Darlehens in Höhe von € 3 Mio. für das Bauprojekt VS Kirchdorf. Es sind Angebote von 5 Bankinstituten eingegangen. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt die Vergabe des Darlehens an den Bestbieter die BAWAG PSK.

Darlehensangebot Ausschreibung VS Kirchdorf 3 Mio.						
FIX	ISDAFIX	Aufschlag	Zinssatz aktuell	Mindest- zinssatz	Finanzierungs- kosten	
BA	1,237	0,313	1,550		521.193	keine Sondertilgungen
DSP 15 Jahre	1,057	0,800	1,857		-	+ für 20 Jahre kein Angebot
Hypo	1,237	0,850	2,087		701.756	keine Sondertilgungen
PSK	1,228	0,117	1,345	1,345	452.257	keine Sondertilgungen
RB	1,237	0,580	1,817		610.970	+ keine Teilzuzahlung
VARIABLE	6-M-Euribor	Aufschlag	Zinssatz aktuell	Mindest- zinssatz	Finanzierungs- kosten	
BA	-0,23	0,540	0,31	0,540	181.575	6-Monats-Euribor Basis 0,00
DSP	-0,23	0,680	0,45	0,680	228.649	6-Monats-Euribor Basis 0,00
Hypo	-0,23	0,580	0,35	0,580	195.027	6-Monats-Euribor Basis 0,00 *)
PSK	-0,23	0,390	0,16	0,390	131.145	6-Monats-Euribor Basis 0,00
RB	-0,23	0,580	0,35	0,580	195.027	6-Monats-Euribor Basis 0,00
Hypo	*) 0,810 über 6-M-E negativer Indikator wird berücksichtigt					

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig die Darlehensaufnahme von 3 Mio. für das Bauvorhaben des VS Kirchdorf als Fixzinsdarlehen mit einem Aufschlag von 0,117% auf den ISDAFIX mit einem Mindestzinssatz von 1,345% und einer Laufzeit von 20 Jahren an die BAWAG PSK als Bestbieter. Es sind keine Sondertilgungen möglich.

**Punkt 9: Beratung und Beschlussfassung über eine Neufassung der Hafenanordnung
(Antrag des Gemeindevorstandes vom 5.2.2019)**

Der Vorsitzende informiert über die in einer Arbeitsgruppe bestehend aus Politik und Verwaltung und anschließend im Gemeindevorstand vom 5.2.2019 besprochenen Änderungen und Ergänzungen, welche auch aus der am 28.12.2018 neu erteilten Hafenanbewilligung durch die Bezirkshauptmannschaft Bregenz resultieren.

Die Gemeindevertretung beschließt darauf hin einstimmig die Änderungen der Hafenanordnung gemäß dem aufgelegten, der Verhandlungsschrift beiliegenden Entwurf.
(Verordnungsbeschluss)

(Beilage Top 9)

Punkt 10: Beratung und Beschlussfassung über die Begegnungszone - Delegation der Vergaben an den Gemeindevorstand

Der Vorsitzende informiert, dass das Ergebnis der Ausschreibung für die Erweiterung der Begegnungszone (2. und 3. Etappe) vorliege. Aufgrund der notwendigen Vorlaufzeit der Baufirmen (Zeitplanung, Baustelleneinrichtung, etc.) und zur Einhaltung des Zeitplanes (Bauphase Mitte Juli – Anfang September 2019) ist es notwendig, umgehend die Vergabe der Aufträge vorzunehmen und die Baufirma zu informieren.

Nachdem im April keine Gemeindevertretung terminisiert ist, wäre geplant eine fachliche Beratung und Empfehlung noch im März im Ausschuss für Raumplanung und Verkehr gemeinsam mit dem Ausschuss für Planung und Bau und dem Gemeindevorstand vorzunehmen. Die Entscheidungen würden Anfang April in der Sitzung des erweiterten Gemeindevorstandes (GVO und Obmann Prüfungsausschuss) getroffen werden. Ein eventuell notwendiger Nachtragsvoranschlag könnte in der Gemeindevertretungssitzung im Mai 2019 beschlossen werden.

Der Vorsitzende stellt daher den Antrag, die Vergaben für die Begegnungszone an den Gemeindevorstand zu delegieren.

Die Gemeindevertretung beschließt daraufhin einstimmig die Delegation der Vergaben an den Gemeindevorstand.

Punkt 11: Allfälliges

Cornelia Michalke erkundigt sich, warum der Kiesplatz neben dem Grenzkiosk durch die Konkurrenzverwaltung mit Holzpfählen abgesperrt wurde. Dadurch würden für die Betreiber des Grenzkiosk bzw. für die Gartenpächter Parkplatzprobleme auftreten.

Lothar Blum erklärt, dass hier eine vernünftige Lösung mit den Kioskbetreibern gefunden werden sollte.

Der Vorsitzende berichtet, dass es sich hier um eine Grundfläche der Konkurrenzverwaltung handelt, die widerrechtlich als Parkplatz genutzt wurde. Mit dieser Maßnahme wurde das nun unterbunden. Obmann Bgm. Reinhold Eberle und Geschäftsführer Armin Schneider waren bereits vor Ort und hatten mit der Kioskbetreiberin ein Gespräch geführt, um die Situation zu klären. Mit der Betreiberin des Grenzkiosk besteht ein Vertrag der Konkurrenzverwaltung, in

welchem schriftlich und mit Plan festgehalten wird, dass 3 Mitarbeiterparkplätze hinter und 5 Besucher (davon 1 Behindertenparkplatz) vor dem Kiosk zugeordnet sind. Es sollten daher ausreichend Parkmöglichkeiten für Kioskbesucher vorhanden sein.

Herbert Feistenauer begrüßt diese Maßnahme der Konkurrenzverwaltung und regt an, auf der Fläche das Kies zu entfernen und diese zu begrünen.

Der Vorsitzende informiert noch über den kommenden Tag der offenen Tür bei der Firma Übelhör Textilien.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der Vorsitzende die Sitzung der Gemeindevertretung.

Bgm. Herbert Sparr
Vorsitzender

Mag. Alexander Thaler
Schriftführer